

Agrar-Streit: Opposition und SPÖ rufen nach der Staatsanwaltschaft

In der Causa „Privatdarlehen“ bei der Agrar Unterlangkampfen will die Opposition, dass die Staatsanwaltschaft eingreift - Auch die SPÖ stimmt dem zu.

Innsbruck – Im Streit um ehemaliges Gemeindegut sehen die Liste Fritz, die Tiroler FPÖ aber auch der Koalitionspartner SPÖ offenbar nun auch strafrechtliche Tatbestände. Im Fall von Unterlangkampfen soll die Staatsanwaltschaft einschreiten. Grund für die neuerliche Aufregung sind die massiv dahingeschmolzenen Rücklagen der Agrargemeinschaft Unterlangkampfen von rund einer Million Euro, die offenbar als Privatdarlehen an die Mitglieder vergeben worden sind. „Eine versteckte Ausschüttung in Höhe von 1,3 Millionen Euro“ vermutet der FPÖ Landtagsabgeordnete Anton Frisch. Und das, obwohl das Land Ausschüttungen aus Rücklagen untersagt hatte.

„Das Maß ist endgültig voll! Es ist genau das eingetreten, was wir seit langem aufgezeigt und befürchtet haben“, findet auch der Landtagsabgeordnete Fritz Dinkhauser klare Worte rund um die Vorgehensweise in Unterlangkampfen. „Mit einer Unverfrorenheit sondergleichen wird weiterhin das Volksvermögen in die Hände einiger Begünstigter geschoben. Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, der Wille des Landtages und der Rechtsstaat werden mit Füßen getreten. ÖVP Landeshauptmann Platter muss sich jetzt auf seine Verantwortung besinnen und diese endlich wahrnehmen, er muss sich entscheiden, ob er auf Seiten der Rechtsmäßigkeit oder auf Seiten der Rechtsbrecher steht, ob er sich für die Gemeindebürger oder für die Günstlinge einsetzen will“, stellt Dinkhauser fest.

Auch für die Liste Fritz – Bürgerforum Tirol hat der jüngste Fall der Agrargemeinschaft Unterlangkampfen gezeigt, dass endgültig der Staatsanwalt am Zug ist. „Was die Agrargemeinschaft Unterlangkampfen betreibt ist kein Kavaliersdelikt. Das ist massiver Betrug am Volk. Ein Millionendeal unter den Augen des Landes Tirol und offensichtlich geduldet von der ÖVP-SPÖ Landesregierung unter Landeshauptmann Platter. Zum Schaden des Landes und der Gemeindebürger. Der Agrargemeinschaft Unterlangkampfen ist seit den Vorfällen 2009 klar, dass derartige Auszahlungen verboten sind, sie handelt klar wider besseren Wissens. Diese Agrarfunktionäre brauchen nicht mehr eine Sonderprüfung und einen Sachwalter, sondern endlich den Staatsanwalt“, verlangt LA Dinkhauser.

Liste Fritz will Änderung des Agrargesetzes

Die Liste Fritz – Bürgerforum Tirol sieht im Verhalten der Agrargemeinschaft Unterlangkampfen keinen Einzelfall, sondern nur die Spitze des Eisberges. „Die jetzt ans Licht gekommenen Ungeheuerlichkeiten in der Agrargemeinschaft Unterlangkampfen sind kein Einzelfall. Auch bei Agrargemeinschaften in Mieming gibt es laut Gemeinderat Stern Hinweise darauf, dass die Rücklagen immer weniger werden“, so Dinkhauser.

Wieder beweise sich, dass das neue Agrargesetz nicht imstande sei, das Recht für die Gemeinden durchzusetzen. „Stattdessen werden weiterhin die Kassen, in denen das Vermögen der Gemeindebürger liegt, geplündert. Es ist – wie von uns gefordert – eine Änderung des Agrargesetzes dringend notwendig. ÖVP und SPÖ haben sich bisher dagegen gewehrt, jetzt stehen sie vor dem Scherbenhaufen ihrer verfehlten Politik“, erklärt Fritz Dinkhauser.

SPÖ-Klubobmann sieht Untreue und Amtsmissbrauch

Der Ruf nach der Staatsanwaltschaft ertönt am Dienstag auch vom Koalitionspartner SPÖ: „Mein Geduldsfaden ist gerissen. Die Agrarbehörde muss dem Treiben der Gemeindegutsagrargemeinschaft Unterlangkampfen sofort ein Ende setzen. Was dort passiert, ist meiner Einschätzung nach strafrechtlich relevant und gehört bei der Staatsanwaltschaft angezeigt“,

ist SP-Klubobmann Hans-Peter Bock über die neuesten Meldungen bezüglich „den unglaublichen Machenschaften“ der AG Unterlangkampfen bestürzt. Auch die SPÖ spricht von als Darlehen getarnten Ausschüttungen und will „unverzüglich einen Sachverwalter mit umfassenden Kompetenzen“.

„Was die Agrargemeinschaft hier macht, ist Geld auszugeben bzw. zu verleihen, das ihr nicht gehört sondern der Gemeinde. Ich kann mir auch nicht mit dem Geld meines Nachbarn ein Auto kaufen und ihm dann sagen, Pech gehabt, nichts mehr da“, steht für Bock der Verdacht der Untreue und des Amtsmissbrauches im Raum. „Das Land ist gefordert schnell zu handeln, denn sonst ist auch nicht auszuschließen, dass es zu Amtshaftungsansprüchen der Gemeinden gegen das Land kommt“, warnt Bock.

Willi: „Platter ist bereits angezählt“

„Wer dem Rechtsstaat auf der Nase herumtanzt und Gelder, die der Gemeinde gehören, in andere Kanäle leitet, muss schnell und eindeutig in die Schranken gewiesen werden. Das geht nur über eine Gesetzesänderung. Gegen die hat sich LH Platter bisher quergelegt. Jetzt kann er dazu nicht mehr ‚nein‘ sagen“, ist der Grüne Klubobmann Georg Willi überzeugt.

„Zugegeben, es sind nicht alle Agrargemeinschaften schwarze Schafe. Aber die sind dafür verantwortlich, dass das allgemeine Bild von Agrargemeinschaften schlecht ist“, betont der Grüne Klubobmann. „Wenn Landeshauptmann Platter die betroffenen Bürgermeister im Agrarstreit alleine lässt, wird er auch bald alleine dastehen“, spielt Georg Willi auf Ambitionen des Gemeindeverbanspräsidenten an. „Der Unmut nimmt zu, der Druck im Kessel steigt. Schöpf entwickelt sich über die Gemeindegutsfrage immer stärker zum Gegenkandidaten von Platter.“

Der habe jetzt die Wahl: entweder seine Tage als Landeshauptmann seien gezählt, oder er müsse den Gemeinden das direkte Zugriffsrecht auf ihr Gemeindegut gesetzlich sichern. „Wir Grüne werden ihm zeigen, wie das geht“, kündigt Georg Willi an. (red)